

## **Around Europe - Deutsche Ausgabe Nr 283 Juni 2006**

### **Kinder von Gefängnisinsassen – Europäische Perspektiven**

Am 12. und 13. Mai fand in Paris eine Konferenz statt zu dem Thema: „Kinder von Gefängnisinsassen – Europäische Perspektiven“. Die Tagung wurde organisiert vom „European Committee on Children of Imprisoned Parents“ (EUROCHIPS), also vom Europäischen Komitee für Kinder von Gefängnisinsassen, und von der „Fédération des Relais Enfants-Parents“, und zielte darauf ab, auf nationaler und europäischer Ebene Bewusstsein zu schaffen über die Auswirkungen der Inhaftierung der Eltern auf ihre Kinder.

Die Tagung war ein ideales Forum für den Austausch von Ideen und bewährten Praktiken, und um verschiedene europäische Organisationen kennenzulernen, die mit Eltern im Gefängnis und deren Kindern arbeiten. Zusätzlich wurde in Vorträgen aufgezeigt, in welchem gesetzlichen Rahmen man sich für die Rechte dieser Kinder einsetzen kann, und was eine solche Trennung für die betroffenen Kinder und Eltern psychologisch bedeuten kann. Obwohl kleine Kinder mitunter bei ihren Eltern im Gefängnis leben können, befasste sich die Tagung hauptsächlich mit den Bedürfnissen und Rechten der Kinder, die draußen bleiben.

Jedes Jahr werden in der EU schätzungsweise 700.000 Kinder von einem inhaftierten Elternteil getrennt. Es ist zwar schwierig, die Lage dieser Kinder zu verallgemeinern, trotzdem gibt eine Reihe von häufigen Reaktionen auf die Inhaftierung eines Elternteils. Dazu gehören Verlustgefühle, die bisweilen denen in einem Trauerfall ähneln, Angst, Wut, Verwirrung, Scham, Schuldgefühle, und je nachdem auch Erleichterung. Die Kinder können als Folge von ihren Schulkameraden drangsaliert werden, sie können ihr Selbstwertgefühl verlieren, Verhaltens- oder Gesundheitsprobleme bekommen oder arm werden. Es kommt auch vor, dass sie weit reisen müssen, um den Elternteil im Gefängnis zu besuchen.

Je nachdem, welcher Elternteil im Gefängnis ist, kann die Auswirkung auf die Kinder verschieden sein. Die meisten Kinder inhaftierter Väter bleiben in der Obhut der Mutter, wenn auch häufig unter schwierigen und armen Verhältnissen. Viele Mütter, die ins Gefängnis kommen, waren bis dahin die Hauptbetreuer ihrer Kinder, und die Kinder können in ein Heim oder zu einer Pflegefamilie kommen.

Ein wichtiges Problem, das während der Tagung immer wieder angesprochen wurde, war die Notwendigkeit, die Besuchsbedingungen zu verbessern. Die Bedeutung eines geschützten und stimulierenden Raumes für die Begegnungen zwischen Eltern und Kindern kann nicht überbetont werden. Gut verlaufende Besuche nützen dem Kind, dem/der Gefangenen, dem Betreuer des Kindes, dem Gefängnis und der Gesellschaft im Allgemeinen. Für einen Gefangenen, der während seiner gesamten Haft Familienkontakte gepflegt hat, ist die Aussicht auf Wiedereingliederung besser, und Untersuchungen haben gezeigt, dass bei Gefangenen, die ihre familiären Beziehungen aufrecht erhalten haben, die Wahrscheinlichkeit geringer ist, nach der Entlassung erneut straffällig zu werden.

Im Ganzen offenbarte die Tagung die dringende Notwendigkeit, Statistiken über die Kinder von Strafgefangenen zu sammeln sowie die Notwendigkeit weiterer

Untersuchungen über inhaftierte Eltern. Es wurde auch die Notwendigkeit betont, dass die Gefängnisse die Interessen und die Situation des Kindes und seines inhaftierten Elternteils bei der Umsetzung der Strafmaßnahmen stärker berücksichtigen. Es bleibt zu hoffen, dass die Beschäftigung mit den gesetzlichen Aspekten weitergeht, und dass „gute Praktiken“ daraus hervorgehen, die dann unter den verschiedenen Organisationen ausgetauscht werden, die auf diesem Gebiet tätig sind.

Der QCEA hofft, zu diesem letztgenannten Ziel beizutragen, indem er online eine Datensammlung erstellt, die „gute Praktiken“ bei strafgefangenen Frauen und ihren Kindern auflistet, als Teil unseres Projekts über Frauen im Gefängnis. Die Pariser Tagung stellte einen ausgezeichneten Ausgangspunkt dar, weil Kontakte geknüpft wurden und Informationen gesammelt wurden über die Probleme, die mit den Kindern inhaftierter Eltern verbunden sind. Auf der Grundlage dieser Erfahrungen werden wir weiter bauen können.

*Joanna Sprackett*  
Übersetzung: Eckard Teichert

## **Einer der "7 für die Friedenssteuer" (Peace Tax 7) bei einer weiteren Protestaktion**

*Around Europe* hat bereits früher die Kampagne der „Peace Tax 7“ in Großbritannien und Nordirland besonders hervorgehoben. Ihr Antrag für eine gerichtliche Überprüfung wurde kürzlich abgewiesen, und sie appellieren jetzt an das Oberhaus (House of Lords) als Vorbereitung, um dann den Fall vor den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg zu bringen. Dieser Fall könnte gut die Bemühungen von QCEA unterstützen, den Europarat in dieser Angelegenheit zu einer Resolution zu bewegen.

Deshalb verfolgen QCEA und die *Around Europe* Leser mit Interesse das Schicksal der „Peace Tax 7“. So wurde kürzlich Robin Brookes, Quäker und einer der „Peace Tax 7“, vom Gericht befohlen, die von ihm zurückgehaltenen Steuern zu bezahlen. Er tat das unter Protest und stellte in seinem Brief an die Inland Revenue (die britische Steuerbehörde) fest:

„Ich finde es zutiefst erschreckend, dass ich gezwungen wurde, diese Steuer zu bezahlen, die zur Finanzierung der Kriegsmaschinerie dieses Landes verwendet wird. Töten ist gegen die Moral und gegen unser eigenes Gesetz. Für Töten zu zahlen gilt als ebenso verwerflich – moralisch und nach dem Gesetz. Es ist widersinnig, dass jemand gezwungen wird, dafür zu zahlen, dass der Staat tötet, wenn er oder sie selbst etwas so Verabscheuungswürdiges nicht tun würde.“

Am 5. Mai 2006 demonstrierten Robin Brookes und Unterstützer öffentlich, um zu zeigen, wie die Verwendung unserer Steuern zur Kriegsvorbereitung nichts anderes bedeutet als Geld zum Fenster hinaus zu werfen.

*Martina Weitsch*

## **Der neueste Stand zu den illegalen CIA – Überführungsflügen**

Der Untersuchungsausschuss des Europa-Parlaments zu den illegalen CIA – Überführungs-Flügen über der EU erstellte kürzlich einen Zwischenbericht über seine Untersuchungen.

Diesem Bericht zufolge lassen alle bisherigen Ergebnisse erkennen, dass die CIA von fiktiven oder regulären Luftfahrtgesellschaften angemietete Flugzeuge dazu benutzte, des Terrorismus verdächtige Personen heimlich zu entführen, zu verhaften und in andere Länder zu überführen, die häufig Folter anwenden. Zu diesen Zielländern zählen Ägypten, Jordanien, Syrien und Afghanistan.

Dieser Bericht erscheint nach einer dreimonatigen Anhörung. Unter denen, die aussagten, waren eine Anzahl von Opfern, von denen eines, Maher Arar, zehn Monate in einem syrischen Gefängnis des militärischen Geheimdienstes leiden musste. Seiner Aussage zufolge wurde er gefoltert und gezwungen, falsche Geständnisse zu machen. Auch Craig Murray, der frühere Botschafter in Usbekistan wurde interviewt. In Bezug auf seine Aussage stellt der Bericht fest, dass durch Folter gewonnene Informationen unter keinen Umständen als Beweis angesehen werden können, wie es in der UN Konvention gegen die Folter festgelegt wurde. Er beleuchtet auch den Mangel an taktischem Wert der durch Folter erlangten Informationen.

Der Ausschuss hat wenig gültiges Beweismaterial über die geheimen Gefängnisse erbracht. Jedoch Dokumente von Eurocontrol, der europäischen Luftsicherheitsagentur, enthielten Angaben darüber, dass während der vergangenen fünf Jahre durch CIA-Flugzeuge 1000 Zwischenstationen auf europäischem Territorium gemacht wurden.

Der Bericht hält es für unglaublich, dass bestimmte europäische Regierungen nichts von den außergewöhnlichen Überführungsaktivitäten auf ihrem Territorium, in ihrem Luftraum oder auf ihren Flughäfen gewusst haben. Der Bericht greift einen besonderen Vorfall heraus: die Entführung des Ägypters Abu Omar durch CIA-Agenten am 17.2.2003 in Mailand und stellt fest, dass diese nicht hätte organisiert und durchgeführt werden können, ohne vorherige Information der italienischen Behörden oder der Sicherheitsdienste.

Der Bericht kritisiert die Regierungen der EU-Mitgliedsstaaten dafür, dass sie ihren Verpflichtungen zu einer Reihe von internationalen Verträgen, insbesondere der Europäischen Menschenrechtskonvention, nicht nachgekommen sind. Von den empfangenden Staaten nur diplomatische Zusicherungen zu fordern, dass die Deportierten gut behandelt würden, erwies sich als höchst unzureichend und wirkungslos.

Der Bericht betrachtet die europäische Gesetzgebung über die Nutzung des internationalen Luftraums und der Flughäfen der Mitgliedsstaaten als völlig unzureichend. Er betont die Notwendigkeit, neue nationale, europäische und internationale Standards einzuführen. Er fordert den Rat auf, eine Direktive aufzustellen mit dem Ziel einer sofortigen Harmonisierung der nationalen Gesetze. Die Europaparlamentarier hoffen, auch EU Mitgliedsstaaten in Osteuropa zu besuchen, in denen angeblich Gefangenenlager existierten. Die Untersuchungen

**Diese Ausgabe der QCEA Monatszeitschrift *Around Europe* ist von der Deutschen QCEA  
Unterstützungsgruppe übersetzt worden  
Sie ist auf der QCEA website [www.quaker.org/qcea](http://www.quaker.org/qcea) zu finden**

sollen für den vollen Zeitraum von 12 Monaten weitergeführt werden, der ursprünglich dem Ausschuss zugewiesen worden war. Der Bericht wurde an alle Mitgliedsstaaten, den Europarat und den Kongress der USA geschickt.

*Matthew Taylor*